

Dr. Frank-Walter Steinmeier Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Impulspapier zur Klausur der SPD-Bundestagsfraktion
am 2. September 2011

Verantwortung für Europa

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Die Krise, die auf den Finanzmärkten begonnen hat, ist nicht überwunden. Die weltwirtschaftlichen Konjunkturaussichten haben sich wieder eingetrübt. Dazu trägt die fortdauernde Schwäche der USA bei, gepaart mit einer politischen Blockade in zentralen Punkten ihrer Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Aber auch die ungelöste Krise in der Europäischen Währungsunion, deren Regierungen sich nicht gemeinschaftlich zu klaren Zukunftsentscheidungen zur Sicherung des Euro aufrufen können, belastet zunehmend das wirtschaftliche Klima. Schließlich lassen die Abkühlung der wachstumstreibenden Volkswirtschaften in Asien sowie die Stagnation bei unserem wichtigsten Handelspartner Frankreich Deutschland nicht unberührt.

Unser Land zehrt von der Substanz der politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Modernisierungen der Vergangenheit. Es sorgt nicht mehr ausreichend vor. Trotz zuletzt anziehender Investitionen: Das Anlagekapital veraltet und ist in entscheidenden Branchen der produzierenden Wirtschaft zu mehr als 50 Prozent abgeschrieben. Gerade in den energieintensiven Industrien, die jetzt massiv modernisieren müssen, bleiben die Investitionen am Standort Deutschland ungenügend. Engpässe der Verkehrsinfrastruktur schnüren die Lebensadern der produzierenden Wirtschaft ab. Die Arbeitswelt wird zunehmend geprägt durch den demografischen Wandel, der verstärkte Vorsorge bei Qualifikation und Gesundheit erforderlich macht. Der Arbeitsmarkt ist gespalten in Fachkräftemangel auf der einen und verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Beides schwächt uns. Die Investitionen in die frühkindliche Bildung und Betreuung hinken dem Bedarf hinterher. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2013 gerät in Gefahr. Länder und Kommunen warnen den

Bund vor steuerpolitischen Entscheidungen zu ihren Lasten. Die Zukunftsrisiken nehmen zu. Deutschlands Wirtschaft ist nach einem starken Start ins Jahr im zweiten Quartal 2011 nicht mehr gewachsen (plus 0,1 %).

Wir haben immer gesagt: Diese Wirtschaftskrise ist mehr als ein Konjunkturreinbruch, und die Antwort darauf muss mehr sein als ein Konjunkturprogramm. Wir brauchen eine Zeitenwende der Politik. Die schwarz-gelbe Koalition hat sie verweigert. Sie steht nun vor den Scherben ihrer eigenen Fehler.

1 Die dritte Welle der Finanzmarktkrise

Die weitere Verschärfung der Finanzmarkturbulenzen im Euroraum sowie in den USA während der vergangenen Sommerwochen lässt keinen Zweifel zu: Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die vor vier Jahren auf dem US-Immobilienmarkt ihren Ausgang nahm, ist nicht überwunden.

Nachdem 2008 zunächst die internationalen Finanzmärkte erschüttert wurden und 2009 dann weltweit die Realwirtschaft in eine scharfe Rezession rissen, gerieten 2010 die krisenbedingt explodierenden Staatsschulden in vielen Ländern in den Fokus. Dies führte zu einem Vertrauensverlust bei den Anlegern. Aktuell droht die Verunsicherung über die Zahlungsfähigkeit wichtiger Volkswirtschaften beiderseits des Atlantiks erneut auf die globale Finanz- und Realwirtschaft zurück zu schlagen.

Ungleichgewichte und Verschiebung der weltwirtschaftlichen Achsen

Die wirtschaftliche Erholung nach der weltweiten Rezession 2008/2009 verlief ungleichgewichtig: Während international wettbewerbsfähige und stark exportorientierte Volkswirtschaften wie etwa China und Deutschland von den weltweiten Konjunkturprogrammen profitierten und das Produktionsniveau der Vorkrisenzeit bereits wieder erreicht oder sogar überschritten haben, blieben die weniger wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften und diejenigen mit einem ausgeprägten Außenhandelsdefizit, etwa die Länder im Süden der Eurozone oder die USA, im Aufholprozess deutlich zurück. Produktion und Beschäftigung liegen dort deutlich unter den Vorkrisenwerten. Von den Bankenrettungsmaßnahmen und Konjunkturprogrammen blieb dort im wesentlichen ein massiv erhöhter Staatsschuldensockel.

Diese Entwicklung beschleunigt die Veränderung der globalen Ordnung. Die Achsen der Weltwirtschaft verschieben sich. Stark wachsende Schwellenländer gewinnen an Gewicht, während die entwickelten Industrieländer in Europa und Nordamerika Anteile verlieren. Die geringere Verschuldung Chinas, seine Investitionskraft und sein unausgeschöpftes Potenzial an Produktivitätswachstum sprechen dafür, dass dieser Trend anhält. Die unausgewogene Entwicklung

verschärft jedoch genau die Ungleichgewichte im internationalen Handel und in den internationalen Finanzströmen, die schon zuvor als eine bedeutende Krisenursache erkannt worden waren. Die expansive Geldpolitik in den USA, steigende Inflationsraten und Zinsen in den Schwellenländern sowie anhaltende Wechselkursmanipulation der chinesischen Währung sorgen auch weiterhin für einen einseitigen Kapitalfluss in die Schwellenländer. Kein Wunder also, dass die „gespaltene Erholung“ der Weltkonjunktur nicht dauerhaft selbsttragend sein kann. Die Sorgen vor einer neuen Rezession der ohnehin schwach wachsenden Industrieländer sowie Ängste vor einer inflationären Überhitzung in den Schwellenländern haben inzwischen das Exportwachstum in Deutschland ausgebremst.

Die doppelte Gefahr: Rezession und Verschuldung

Einer neuen Rezession stünden die Staaten angesichts einer desolaten Lage der öffentlichen Finanzen heute weitaus schutzloser gegenüber als noch 2009, als in einer konzertierten Anstrengung mit Investitionsprogrammen aller wichtigen Wirtschaftsnationen der Krise entschlossen begegnet werden konnte.

Die SPD, aber ebenso auch die Mehrzahl der Wirtschaftsexperten gaben immer wieder den dringenden Rat, die systemischen Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Die Forderungen nach einer deutlich stärkeren Regulierung der Märkte wurden allenfalls halbherzig verfolgt. Warnungen, dass die alten Übel nicht beseitigt sind, hat auch die deutsche Regierung vor dem Hintergrund der sich wieder erholenden Weltkonjunktur in den letzten zwei Jahren in den Wind geschlagen. Das Fenster der Handlungsmöglichkeiten schließt sich wieder. Noch 2008 und 2009 gab es auf globaler Ebene mit dem neuen Forum der 20 größten Volkswirtschaften einen hoffnungsvollen Ansatz, zu schärferen gemeinsamen Regeln zu kommen. Das Treffen der G20 in Pittsburgh im September 2009 hatte, auch auf Drängen der SPD in der Großen Koalition, eine ambitionierte Agenda zur Bekämpfung der Krisenursachen. Doch die Dynamik des politischen Handelns ist erlahmt. Deutschland ist seit nunmehr zwei Jahren unter Schwarz-Gelb vom Vorreiter zum Bremser internationaler Lösungen geworden. Das rächt sich nun.

In der Eurozone greifen die Rettungsversuche der letzten anderthalb Jahre erkennbar zu kurz. Mit Haushaltseinsparungen und Kreditgarantien allein ist es nicht gelungen, die kleineren Krisenländer am Rande Europas wirtschaftlich zu stabilisieren – in Griechenland sank das BIP im 2. Quartal 2011 um fast 7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum und die Verschuldung ging nicht zurück, sondern nahm noch zu. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass Griechenland die mit EU und IWF vereinbarten Konsolidierungsziele erreichen, geschweige denn seine Gläubiger vollständig bezahlen kann. Schlimmer noch: Es konnte auch die Ansteckung größerer Euro-Länder nicht verhindert werden. Für Volkswirt-

schaften von der Größe Spaniens oder Italiens können aber keine „Rettungsschirme“ nach bisherigem Muster mehr gespannt werden.

Was sich nicht nur in Griechenland, sondern auch in vielen anderen Ländern vollzieht, ist eine Abwärtsspirale aus Rezession und Verschuldung, die sich auf den gesamten Euroraum auszubreiten droht.

2 Deutschland steht gut da. Aber das Land zehrt von den Erfolgen der Vergangenheit

Deutschland ist, sowohl im europäischen wie auch im weltweiten Vergleich, bislang gut durch die Krise gekommen. Die Produktion hierzulande hat das Vorkrisenniveau wieder überschritten, die Arbeitslosigkeit liegt sogar deutlich unter den Werten zu Krisenbeginn. Das europäische Defizitkriterium von 3% des BIP werden wir 2011 wieder klar unterschreiten, die Steuereinnahmen sämtlicher föderaler Ebenen steigen. Doch die Freude über wachsende Steuereinnahmen sollte nicht den Blick dafür trüben, dass sich hier die Erfolge der Vergangenheit auszahlen, die Risiken von Gegenwart und Zukunft aber noch überhaupt nicht erfasst sind.

Das erfreuliche Bild ist in vielfacher Hinsicht der Sozialdemokratie zu verdanken: Sowohl mit den unter Rot-Grün vorgenommenen langfristigen Weichenstellungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und eine größere Krisenfestigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme als auch mit den in der Großen Koalition umgesetzten Maßnahmen zur Stützung von Konjunktur und Beschäftigung haben wir wichtige Grundsteine dafür gelegt. Die Erfolge dieser Politik haben der deutschen Industrie zu einer Renaissance verholfen, die neoliberale Kritiker des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells nie für möglich gehalten haben. Heute sind es deutsche Autobauer und Technologieunternehmen, die beispielsweise in den USA, dem Heimatland des Marktliberalismus, große Absatzsteigerungen erzielen. Die Frage, wie die Deutschen es geschafft haben, beschäftigt dort Wirtschaft und Politik gleichermaßen. Unsere Antwort lautet, dass entschlossene Industriepolitik, Investitionen in Leitmärkte, Mitbestimmung, Förderung qualifizierter Arbeit und sozialer Ausgleich wirtschaftlichen Erfolg bringen.

Allerdings: Deutschland ist keine Insel der Seligen inmitten einer beunruhigenden internationalen Entwicklung. Das Ausmaß, in dem wir mit der Weltwirtschaft, insbesondere mit Europa verflochten und jeder internationalen Krise ausgesetzt sind, muss jeden warnen, der Jubelmeldungen verkündet. Ausruhen auf den wirtschaftlichen Erfolgen der letzten Jahre darf sich weder unser Land noch die Politik! Als wichtigste Volkswirtschaft in Europa und große Exportnation, können wir uns weder von den akuten Problemen im Euroraum noch von der sich wieder eintrübenden Lage der Weltwirtschaft abkoppeln. Ohne wirksa-

mes Gegensteuern wird sich die wirtschaftliche Erholung auch bei uns nicht länger fortsetzen lassen. Die unsolide Haushaltspolitik der Bundesregierung, die mit Steuersenkungen auf Pump die Handlungsfähigkeit des Staates einschränkt und die Zukunftsfähigkeit des Landes zu Lasten künftiger Generationen aufs Spiel setzt, weist in die falsche Richtung.

3 Grundlegende Entscheidungen sind unausweichlich

Schwerwiegende politische Entscheidungen vor allem zur Zukunft Europas sind in den kommenden Wochen zu treffen. Dabei gilt es, die finanziellen Kosten der europäischen Solidarität sorgfältig und transparent abzuwägen gegen die dramatischen Folgen, die ein Auseinanderbrechen der Währungsunion hätte.

Die Bundesrepublik hat von sechs Jahrzehnten europäischer Integration profitiert wie kein anderes Land in Europa. Stand am Anfang der Nachkriegsgeschichte die Überwindung der politischen Isolation im Mittelpunkt, so verlagerte sich das Gewicht der europäischen Einigung zunehmend auf den wirtschaftlichen Gewinn. Deutschland konnte seine erneuerte industrielle Stärke in einem zunehmend integrierten Binnenmarkt voll zur Geltung bringen. Der politische und ökonomische Gewinn eines stabilen und geeinten Europa bestimmt heute mehr denn je unsere Ausgangslage.

Bereits im vergangenen Jahr haben Finanzmarktexperten einer europäischen Investmentbank die Wohlstandsverluste für Deutschland infolge eines Auseinanderbrechens der Währungsunion mit 10 % der Wirtschaftsleistung zu beziffern versucht – auch wenn jede Zahl anfechtbar ist, dramatische Einbußen stellt kaum jemand in Abrede. Vor allem die exportabhängigen Unternehmen hätten mit einem schweren Nachteil auf ihren europäischen und internationalen Märkten zu kämpfen. Begleitet wäre der Produktionseinbruch zudem von einem deflatorischen Schock infolge der starken Aufwertung Deutschlands gegenüber allen ehemaligen Partnern in der Währungsunion. Im Kleinen kann man diesen Effekt heute bereits in der Schweiz beobachten, deren Währung angesichts der Turbulenzen um Dollar und Euro vielen Anlegern als sicherer Hafen gilt und daher zuletzt drastisch aufgewertet wurde.

Der Erhalt und die Sicherung der Währungsunion ist eine zentrale Säule für unseren Wohlstand und liegt daher im deutschen Interesse. Die Wahrung dieses Interesses verlangt von uns heute grundlegende, mutige und im Parlament offen zur Entscheidung gestellte Lösungen. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat zur Halbzeit der Legislaturperiode deutlich gezeigt, dass sie aufgrund ideologischer Scheuklappen und fehlenden politischen Muts nicht in der Lage ist, die für Deutschland und Europa notwendigen Entscheidungen zu treffen. Sie hat nicht einmal die Kraft, die Entscheidungsalternativen offen auszusprechen. Deutschland hat nicht wegen, sondern trotz dieser Regierung seine Stär-

ke auch in der Krise bewahrt. Zeit aber wurde vertan und Glaubwürdigkeit verspielt. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Fähigkeit der Bundesregierung, gut für unser Land und seine Währung zu sorgen, ist durch die schwarz-gelbe Koalition massiv beeinträchtigt worden.

Das macht die vor uns liegenden Entscheidungen nicht leichter . aber es bedeutet, dass es ganz besonders auf die Sozialdemokratie ankommt, um Deutschland und Europa in eine gute Zukunft zu steuern. Die SPD hat am 18. Juli 2011, rechtzeitig vor dem Europäischen Gipfeltreffen, Kanzlerin Merkel die konstruktive Unterstützung für grundlegende und dem Parlament offen zur Entscheidung vorgelegte Lösungen der europäischen Krise zugesagt. Eine politische Blockade kann sich Europa nicht erlauben. Diese Gefahr gilt insbesondere für die Reihen der schwarz-gelben Koalition, in denen es keine Einigkeit über den Kurs und damit auch keine Klarheit in der Frage der Kanzlermehrheit gibt. Offene und versteckte Drohungen des Koalitionsbruchs bei einer gemeinschaftlichen Garantie der europäischen Staatsanleihen, die aus den Reihen der FDP kommen, zeigen, dass Angela Merkel in Europa nur bedingt handlungsfähig ist und für ein starkes Signal der europäischen Einheit in ihrer Koalition kein Mandat mehr hat.

Europa ist in einer entscheidenden historischen Situation. Es geht um die Frage, ob die europäische Einheit die Herausforderung der Finanzkrise besteht und ob die deutschen Parteien ihrer Verantwortung gerecht werden. Die SPD ist dazu bereit. Aber wir sagen auch: Die Richtung muss klar sein, und sie muss stimmen. Einen Freibrief für die Kanzlerin, ihre gescheiterte Politik der letzten 24 Monate fortzusetzen, gibt es nicht. Wir fordern die Bundesregierung auf, ideologische Scheuklappen abzulegen und endlich die nötige Verantwortung für die Zukunft Deutschlands und Europas zu übernehmen.

4 Die Zeitenwende erkennen. Verantwortung für die Zukunft Europas und seiner gemeinsamen Währung

Europa hat zu spät und nur ungenügend auf die Herausforderungen der Finanzmarkt- und der Schuldenkrise reagiert. Nach einer dramatischen Zuspitzung der Probleme in den letzten zwei Jahren haben wir es nunmehr mit einer Krise der europäischen Einigung zu tun. Die Aufbauanstrengung von Generationen steht auf dem Spiel. Kommt es wirklich dazu, dass ausgelöst von den Finanzmärkten, begünstigt durch politische Wirklichkeitsverweigerung und Zerstrittenheit, begleitet durch die Furcht der Bürgerinnen und Bürger und verschärft durch populistische Stimmungsmache das große politische Projekt Europa zerstört wird? Als reine Freihandelszone, in der jedes Land rücksichtslos seinen eigenen Vorteil sucht, hat die europäische Einigung keine Zukunft. Die entscheidende Richtungsfrage, vor die wir gestellt sind, lautet: Rückkehr des

nationalen Populismus und Protektionismus oder Aufbruch zu einer neuen Stufe der politischen Einigung Europas.

Wir Sozialdemokraten haben uns ganz klar für weitere Schritte der wirtschaftlichen und fiskalischen Integration Europas als Antwort auf die Krise unserer gemeinsamen Währung ausgesprochen. Denn wir sind davon überzeugt, dass die Alternative – ein ökonomischer und politischer Sonderweg Deutschlands – ein großes Zukunftsrisiko für unser Land heraufbeschwören würde.

Von dieser Abwägung müssen wir die Bürgerinnen und Bürger im Dialog überzeugen. Wir setzen unseren Weg nicht als selbstverständlich voraus. Ohne eine erkennbare mehrheitliche Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland – wie bei unseren Partnern in Europa – können weitere Integrationsschritte, insbesondere eine gemeinsame Fiskalpolitik innerhalb der Währungsunion, auch ihr wichtigstes ökonomisches Ziel nicht erreichen: Die Finanzmärkte in die Schranken zu weisen und klar zu machen, dass die Währungsunion auf Dauer angelegt bleibt und die Spekulation gegen einzelne Mitgliedsländer keinen Sinn mehr macht.

Eine realistische Analyse

Um zu einer wirksamen Strategie zur Eindämmung der Krise der Eurozone zu kommen, bedarf es zunächst einer realistischen Analyse. Die Krise lediglich als Verschuldungskrise einzelner Mitgliedstaaten zu interpretieren, die mit Hilfe reiner Sparpolitik und zusätzlichen Kredithilfen überwunden werden kann, ist nicht nur eindimensional. Dieses Mantra führt vor allem politisch und ökonomisch in eine Sackgasse.

Die Ursachen der Verschuldung von Staaten wie Griechenland und Portugal reicht viel tiefer:

- Es ist eine Krise von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in Teilen der Eurozone, die zu erheblichen Ungleichgewichten geführt hat. Während in Deutschland die Binnennachfrage stagnierte und der Leistungsbilanzüberschuss eine zu einseitige Exportorientierung zeigt, sind die Lohnkosten in den Ländern der südlichen Peripherie über viele Jahre deutlich stärker als die Produktivität angestiegen. Das hat zu Einbußen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit geführt. Zudem wurden erforderliche Strukturreformen in Wirtschaft, Verwaltung und sozialen Sicherungssystemen nur zögerlich oder gar nicht angegangen. Die Besteuerung wurde vom Staat nicht durchgesetzt und die Politik verlegte sich auf Klientelismus und Begünstigung. Was den finanzschwachen Ländern heute vor allem fehlt, ist eine Perspektive von Wachstum und neuer Beschäftigung, die der von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Jugend neue Hoffnung gibt.

- Es ist vor eine Krise der Wirtschaft, verursacht durch Finanzmärkte, die noch immer in wesentlichen Feldern keine wirksamen Schranken bekommen haben und auf denen unverändert spekulative Verhaltensweisen an den Tag gelegt werden, die dem Gemeinwesen großen Schaden zufügen und staatsbürgerliche Werte der Verantwortung verhöhnen.
- Es ist eine Krise der Politik sowohl einzelner Länder wie auch der Europäischen Union und des Euroraums insgesamt, denen nicht mehr die Kraft, die Ernsthaftigkeit, die Konsens- und die Steuerungsfähigkeit zugetraut wird, um die jetzt unumgänglichen grundlegenden Entscheidungen zu treffen.

Nur wenn diese Dimensionen erkannt und benannt werden, besteht die Aussicht auf eine durchgreifende Besserung.

Die SPD hat als politische Antwort auf die Finanzmarktkrise schon 2009 eine politische Zeitenwende gefordert: Wir haben neue Regeln für die Finanzmärkte vorgeschlagen - kein Produkt, kein Akteur, kein Finanzplatz mehr ohne Aufsicht, das war und bleibt unsere Maxime. Wir haben für Europa ein Ende des Wettlaufs nach unten mit immer niedrigeren Steuersätzen und sozialen Standards gefordert. Wir wollen eine Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, denn ein gemeinsamer Markt braucht auch gemeinsame Spielregeln. Sonst sucht jedes Land wieder im Alleingang nach Abhilfe von schlimmen Auswüchsen des Marktversagens. Dass Finanzakteure ganz bewusst auf Kosten des Steuerzahlers spekulieren, hebt die Einheit von Haftung und Risiko und damit die Grundfesten der sozialen Marktwirtschaft aus. Deshalb wollen wir die substantielle Gläubigerbeteiligung, wo es um die Bewältigung der Schuldenkrise geht. Vor allem aber fordern wir eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte, die Finanztransaktionssteuer, als dauerhafte und erhebliche Beteiligung der Finanzmärkte an den Kosten und Lasten für das Gemeinwesen.

Wir haben seit der Eskalation der Griechenlandkrise vor mehr als einem Jahr in unseren Plenaranträgen immer wieder deutlich gemacht, dass die Rettung des Euro eine langfristige Strategie braucht. Die Entwicklung der Krise hat uns Recht gegeben. Vor allem aber muss die Politik in Deutschland jetzt vom Lamentieren und Blockieren zum Handeln kommen und unter Beweis stellen, dass wir uns in der dritten Welle der Finanzmarktkrise der Spaltung Europas entgegenstellen.

Denn nur ein geeintes Europa wird seine wirtschaftliche und politische Stärke im Zuge der sich weltweit verschiebenden Kräfteverhältnisse behaupten und bewahren können. Angesichts der sich in Richtung der aufstrebenden Schwellenländer verschiebenden Anteile an der Weltproduktion, am Welthandel, am Weltvermögen und natürlich an der Weltbevölkerung ist die Einigung Europas heute, über 50 Jahre nach dem Abschluss der Römischen Verträge, mehr als je zuvor ein strategisches Gut von existenzieller Bedeutung. Dabei geht es nicht

allein um unseren Wohlstand. Es geht viel mehr um unser Modell einer Gesellschaft, die auf Demokratie, Freiheit, sozialen Ausgleich, nachhaltige Entwicklung und faire Kooperation gegründet ist. Das ist unser Weg der Globalisierung, den Europa nur gemeinsam wirksam zur Geltung bringen kann. Auf sich allein gestellt wird kein Land Europas – auch Deutschland nicht – gegenüber den aufstrebenden Volkswirtschaften und Gesellschaften Südostasiens sowie den Schwellenländern anderer Erdteile ein auf Augenhöhe agierender Partner in Weltwirtschaft und Weltpolitik bleiben können.

Kernpunkte unseres Konzepts für die Zukunft Europas und seiner gemeinsamen Währung sind daher:

- Eine **konsequente und gerechte Konsolidierungspolitik** der von der Verschuldungskrise betroffenen bzw. bedrohten Mitgliedstaaten der Eurozone. Wer sich hoch verschuldet, liefert sich den Kapitalmärkten aus und wird, wenn das Vertrauen verloren geht, durch hohe Zinslasten in immer neue Schulden hineingetrieben. Diese Spirale muss unterbrochen werden. Zur Konsolidierung gehört die Bekämpfung von Korruption, Klientelpolitik und Steuerhinterziehung. Einsparungen im Haushalt sind ebenso erforderlich wie die Durchsetzung der Besteuerung. Auch Steuererhöhungen für Wohlhabende gehören dazu. Die wirksame Eigenanstrengung aller Mitglieder ist die unverzichtbare Voraussetzung der Solidarität der wirtschaftlich starken Partner wie Deutschland.
- Ein intelligenter **Schuldenschnitt**. Ausgabenkürzungen und Strukturreformen reichen nicht aus, um Griechenland aus der Schuldenfalle herauszuführen. Deshalb muss der Privatsektor auf einen Teil seiner Forderungen verzichten. Mit einer Fristenverlängerung der Anleihen ist es nicht getan, denn durch sie sinkt die Schuldenlast nicht.
- Eine Ergänzung der Konsolidierung um eine kraftvolle gemeinsame **Europäische Wachstumsinitiative**, die den Menschen neue Hoffnung gibt und zu einer ausgeglichenen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Währungsunion beiträgt. Ohne eine deutliche Begrenzung der realwirtschaftlichen Ungleichgewichte wird die Währungsunion nicht in die Stabilität zurückfinden. Für die Jugend ist Europa vom Symbol der Hoffnung zu einem Symbol der Angst und der Bedrohung geworden. Mehr als 5 Millionen junge Menschen in Europa sind arbeitslos. In Spanien sind es mehr als 45%, in Griechenland 50%. Diese Jugendarbeitslosigkeit muss durch eine Stärkung der realwirtschaftlichen Potenziale, durch Investitionen in moderne Technologien und Produktionsstrukturen und innovative Dienstleistungen bekämpft werden. Die deutsche Wirtschaft steht als Partner dafür bereit. Die Finanzierung einer solchen Wachstumsinitiative sollte über eine europaweite **Finanztransaktionssteuer** erfolgen.

- Die Vergemeinschaftung der Schulden in der Euro-Zone beginnt nicht mit der Diskussion über „Eurobonds“. Die Vergemeinschaftung wurde vielmehr eingeleitet sowohl durch das Nichthandeln wie durch das Handeln der Regierung Merkel. Die erste Phase war das Rettungspaket für Griechenland. Die zweite Phase war der Aufkauf von Staatsanleihen der Krisenländer durch die Europäische Zentralbank (EZB). Die EZB hat – nach Käufen nun auch spanischer und italienischer Anleihen im August 2011 – mehr als 100 Milliarden Euro Staatsschulden in ihre Bücher genommen. Die dritte Phase ist die Ausweitung des Instrumentariums des Euro-Rettungsschirms EFSF (European Financial Stability Facility), der nun auch Schuldtitel von Krisenländern aufkaufen soll. Nicht erst gemeinsame Anleihen der Euro-Zone sind also der Einstieg in die Gemeinschaftshaftung. Eine Beruhigung der Märkte durch die **streng konditionierte und kontrollierte gemeinsame Garantie der Staatsanleihen** ist richtig. Wer wie Griechenland die Hilfe der Euro-Partner in Anspruch nimmt, weil er selbst die Tragfähigkeit seiner Schulden nicht mehr gewährleisten kann, der muss auch Einschränkungen seiner Souveränität hinnehmen, so wie dies die Praxis des IWF ist. Dieses Verfahren setzt eine offene, ehrliche und im Deutschen Bundestag zur Abstimmung gestellten Entscheidung über Möglichkeiten, Bedingungen und Grenzen einer europäischen Haftungsgemeinschaft voraus. Unter der strikten Voraussetzung einer wirksamen gemeinschaftlichen Schuldenkontrolle kann das Instrument von gemeinschaftlich garantierten Anleihen für eine Reduzierung der Zinslasten der Problemländer auf ein tragbares Niveau sorgen. Außerdem kann die Spekulation gegen einzelne staatliche Emittenten aus den Reihen der Euro-Mitgliedstaaten wirksam ausgetrocknet werden.
- Unverzichtbar ist eine **effektive Regulierung der Finanzmärkte**. Sie muss in Europa und weltweit sowohl im Rahmen der EU wie auch der G20 entschlossen voran getrieben werden. Das Volumen des spekulativen Kapitalmarktes, der sich nahezu jeder Aufsicht entzieht, ist nach der Krise nicht gesunken, sondern wieder gewachsen. Die Automatisierung durch den computergesteuerten, in Sekundenbruchteilen vollzogenen Börsenhandel, dem so genannten High Frequency Trading, ist menschlicher Kontrolle und Verantwortung entzogen. Auch dies führt zu Abstürzen an den Finanzmärkten, die mit wirtschaftlichen Aussichten betroffener Produktionsunternehmen nichts mehr zu tun haben. Die Entkopplung der Finanzmärkte von realwirtschaftlicher Wertschöpfung ist nicht zurückgegangen, sondern hat zugenommen. Kernanliegen, die bisher nicht oder nur unzureichend umgesetzt sind, sind umfassende Verbote stabilitätsgefährdender Finanzinstrumente wie Leerverkäufe. Wir müssen weiterhin das Ziel verfolgen, den Grauen Kapitalmarkt in die Regulierung einzubeziehen, und brauchen neue energische internationale Initiativen mit größerem Druck auf Länder, die sich verweigern. Wir brauchen eine umfassendere Absicherung der Banken mit Eigenkapital und die Vorbereitung auf eine kontrollierte Insolvenz von Banken, damit nicht nach risikoreichen Geschäften in erpresserischer Weise der Steuerzahler als Generalbürge herangezogen wird.

- Eine politische Aufgabe ersten Ranges ist die **gemeinsame Wirtschaftsregierung, die koordinierte Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik**. So schwierig dieser Schritt ist, so unausweichlich wird er sein. Die Europäische Wirtschaftsregierung muss die staatlichen Ausgaben stärker koordinieren, Haushalte schärfer kontrollieren und die gemeinsamen Wettbewerbsregeln im Binnenmarkt umfassender harmonisieren. Ein größeres Gleichgewicht der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Euro-Mitgliedstaaten erfordert nicht zuletzt eine noch engere Abstimmung in der Steuerpolitik als bisher. Steuerdumping einiger zu Lasten anderen Partner – auch das hat die aktuelle Krise gezeigt – führt zu einem Abwärtsdruck, der die staatliche Handlungsfähigkeit für Bildung und soziale Sicherheit gefährdet. Die anspruchsvolle Aufgabe einer wirklich umfassenden und verbindlichen Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik im Euroraum kann nicht im Rahmen von zwei Sondergipfeln der Europäischen Regierungschefs im Jahr erfüllt werden, wie Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Sarkozy es wollen. Aus unserer Sicht ist die Umsetzung sowohl der erforderlichen Konsolidierungsanstrengungen wie auch der gemeinsamen Wachstumsinitiative gegenüber der europäischen Ebene zu verantworten. Die Mitgliedstaaten müssen sich auf die zur Stabilisierung des gemeinsamen Währungsraumes erforderlichen Konsolidierungs-, Struktur- anpassungs- und Wachstumsmaßnahmen verpflichten. Als ultima ratio muss die Gemeinschaft gegenüber den Mitgliedstaaten die Kompetenz erhalten, die Einhaltung der Verpflichtungen durchsetzen. Institutionelle Vorkehrungen in den Mitgliedstaaten, zum Beispiel Schuldenregeln nach deutschem Vorbild, müssen diese gemeinsame Politik unterstützen. Es zählt nicht eine bestimmte Blaupause, die alle kopieren müssen, sondern das Ergebnis einer vertrauenswürdigen, transparenten und nachhaltigen Finanzpolitik.

5 Der sozialen Spaltung entgegen wirken

Nach den Protesten, die sich gegen die Sparprogramme in Griechenland und Spanien richteten, waren es in den Sommerwochen die Bilder aus London und anderen englischen Städten, die uns noch einmal eindringlich die Gefahr eines Zerbrechens der Gesellschaft vor Augen geführt haben. Selbst Konservative beginnen zu erkennen: Soziale Ungleichheit ist eine eigenständige Ursache der Wirtschaftskrise. Die krasse Ungleichverteilung von Chancen, Einkommen und Vermögen befeuert nicht nur soziale Konflikte und destabilisiert die Gesellschaft, sie bedeutet auch: gespaltener Arbeitsmarkt, geringere Teilhabe, schwächeres und volatileres Wachstum. Sie führt zu einer chronischen Schwäche der binnenwirtschaftlichen Dynamik und, bei einer Auszehrung öffentlicher Finanzen, zu einem Erlahmen der Zukunftsinvestitionen. Nicht zuletzt führen starke Vermögenszuwächse der Topverdiener zu Lasten von Lohneinkommen der Mitte zu einem spekulativen Anlegerverhalten an den internationalen Fi-

nanzmärkten. Ungleichheit zu bekämpfen, bedeutet daher, Krisenursachen an der Wurzel zu packen.

Zudem ist klar, dass die Zustimmung der Bevölkerung zu weiteren Maßnahmen zur Rettung der gemeinsamen Währung und des europäischen Einigungsprozesses nur dann zu gewinnen ist, wenn die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck einer gerechten Verteilung der Lasten haben.

Das gilt natürlich in den zu harten Spar- und Struktureingriffen gezwungenen Krisenstaaten innerhalb der Währungsunion, es gilt aber auch für Deutschland und die anderen wirtschaftlich stärkeren Mitgliedstaaten, die zumindest finanziell die Hauptlast der Rettungsbemühungen zu tragen haben. Selbst steigende Steuereinnahmen und sinkende Arbeitslosigkeit helfen wenig gegen die soziale Spaltung auch in unserem Land, wenn weiterhin Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wegen fehlender Mindestlöhne trotz Vollzeitwerbstätigkeit auf ergänzende staatliche Unterstützung angewiesen sind. Und ebenso ungeeignet ist der Vollzug von schwarz-gelben Sparbeschlüssen ausschließlich zu Lasten von Arbeitslosen und Familien in ALG-II-Bezug.

Der neue Lastenausgleich ist eine zentrale Zukunftsaufgabe in allen Bereichen der Steuer-, der Sozial-, der Lohnpolitik und der dringend erforderlichen Infrastrukturinvestitionen. Wir müssen die Mitte der Gesellschaft stärken und zum stabilen Anker des sozialen Zusammenhalts und der politischen Verantwortung machen. Auch hier hat die Regierung Merkel folgenschwer versagt, denn sie findet keinen Weg aus Klientelgeschenken, stabilitätsgefährdenden Steuersenkungsforderungen und sozial ungerechten Haushaltseinschnitten.

Auch hier wird es auf die Sozialdemokratie ankommen. Wir werden weiter beharrlich gegen krisenverschärfenden Sozialabbau kämpfen:

- für eine Haushalts- und Steuerpolitik, die realistisch und seriös auf Stabilität und Schuldenbegrenzung ausgerichtet ist, die den gerechten Lastenausgleich und die Modernisierung unserer Gesellschaft mit den dringend erforderlichen Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur in den Mittelpunkt rückt; gegen Steuerprivilegien zugunsten von hohem Einkommen, die weitere Begünstigungen nicht brauchen und in vielen Fällen nicht einmal wünschen;
- für eine neue Ordnung der Arbeit, für einen besseren Schutz gegen Niedrigstlöhne, für den gesetzlichen Mindestlohn, für das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und gegen die missbräuchliche Ausbreitung von Zeit- und Leiharbeit;

- gegen eine Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, die Langzeitarbeitslosen und deren Familien die Chancen auf Teilhabe an guter Arbeit raubt, anstatt ihnen die Rückkehr in ein existenzsicherndes Erwerbsleben zu erleichtern;
- gegen eine Gesundheits- und Pflegepolitik, die durch private Zusatzbeiträge gerade die wirtschaftlich Schwächsten zusätzlich belastet.

Verantwortung für Deutschland und Europa. Auf die Sozialdemokratie kommt es an

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen. Aber die Chancen, die mit einem wirtschaftlich und politisch gestärkten Europa verbunden sind, überwiegen die Risiken bei weitem. Gelingt Europa die Überwindung der gegenwärtigen Krise, so wächst sein Gewicht bei der politischen Gestaltung der globalen Ordnung, die vor uns liegt.

Die letzten zwei Jahre haben allerdings gezeigt: Ohne die SPD in der Regierungsverantwortung fehlt es in Deutschland an einer verantwortungsbewussten und zukunftsgestaltenden Politik. Nicht zuletzt unsere Erfolge in den Landtagswahlen im letzten und in diesem Jahr zeigen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr von Schwarz-Gelb abwenden und eine Alternative suchen.

Auf uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kommt es an . in diesem Bewusstsein gehen wir die Herausforderungen der nächsten Wochen und Monate an.